



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Weiterentwicklung des Minijobs

Aktuell seit 24.07.2026 15:04:05

Angegeben von:

Der Mittelstand, BVMW e.V. Bundesverband mittelständische Wirtschaft (R001657) am 24.07.2026

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung im Rahmen der geplanten Reform des Minijob-Systems. Angestrebt wird die Einführung einer dynamisierten Hinzuverdienstgrenze von 1.000 Euro pro Monat anstelle der bisherigen Minijob-Regelung. Die sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften sollen so ausgestaltet werden, dass Beschäftigte schrittweise in die Sozialversicherung einbezogen, Doppelversicherungen vermieden und Ausnahmeregelungen für bestimmte Personengruppen gesetzlich verankert werden. Gleichzeitig sollen flexible Beschäftigungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen erhalten bleiben.

Betroffene Interessenbereiche (6)

Arbeitslosenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Krankenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

Pflegeversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

Rente/Alterssicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

[SGB 4 \[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2607240021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]